

An die
Kreistagsfraktion DIE LINKE
Gruppe im Kreistag FUW/Piraten

F. Frahm

Kreistagsbüro
Herr Kassel
Zimmer: A 1.32
Telefon: 02241 - 13-2964
Telefax: 02241 - 13-2444
E-Mail: kreistagsbuero@
rhein-sieg-kreis.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Alan 11.05.20
Datum
08.05.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kemper,
sehr geehrte Frau Streng,

Anlass für dieses Schreiben sind Ihre jüngsten Äußerungen in der politischen Auseinandersetzung in Form Ihrer Pressemitteilungen vom 01.04.2020 und vom 28.04.2020, die Sie auf Ihrer Webseiten ratsblatt.de und dielinke-rhein-sieg.de unter den nachstehenden Direktlinks verbreitet haben:

<http://ratsblatt.de/die-linke-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-landrat-schuster-mangelnde-pandemievorbereitung-wird-leben-kosten-uneinsichtigkeit-wird-es-noch-schlimmer-machen>

<https://www.dielinke-rhein-sieg.de/nc/11758/aktuell/detail-aktuell/news/die-linke-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-landrat-schuster/>

<http://ratsblatt.de/die-fraktion-die-linke-rhein-sieg-und-die-gruppe-fuw-piraten-fordern-die-abloesung-von-dr-meilicke-als-chef-des-kreisgesundheitsamtes>

<https://www.dielinke-rhein-sieg.de/nc/11758/aktuell/detail-aktuell/news/die-fraktion-die-linke-rhein-sieg-und-die-gruppe-fuw-piraten-fordern-die-abloesung-von-dr-meilicke-a/>

Ich bin zwar der Ansicht, dass gerade im politischen Meinungskampf auch eine harsche Kritik im Zuge des politischen Schlagabtauschs möglich und auch zulässig ist. Mit Sorge habe ich jedoch die jüngste Zuspitzung Ihrer Formulierungen zur Kenntnis genommen. Ihre Angriffe auf Herrn Dr. Meilicke als Amtsleiter des Kreisgesundheitsamtes nähern sich meiner Ansicht nach nicht nur den Grenzen einer sachgerechten politischen Auseinandersetzung, sondern auch den Grenzen rechtlich zulässiger Äußerungen mit

Blick auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht und Straftatbestände der Verleumdung und der falschen Verdächtigung.

Ich beziehe mich dabei beispielhaft auf den nachstehenden Text Ihrer Pressemitteilung:

Die Fraktion DIE LINKE Rhein-Sieg und die Gruppe FUW/Piraten fordern die Ablösung von Dr. Meilicke als Chef des Kreisgesundheitsamtes.

*Die bekanntgewordenen Umstände, wie der Kreis die Krise im St. Augustiner CBT-Wohnhaus St. Monika gemanagt hat, lassen die Fraktion DIE LINKE Rhein-Sieg und die Gruppe FUW/Piraten an der Arbeit des Leiters zweifeln. **Ungeachtet der möglichen strafrechtlichen Vorwürfe** kritisieren die Fraktion DIE LINKE Rhein-Sieg und die Gruppe FUW/Piraten das Auftreten von Dr. Meilicke in der Öffentlichkeit, insbesondere das Runterspielen einer möglichen Corona-Infektion. Schon in der Vergangenheit ist Dr. Meilicke unangenehm aufgefallen, so hat er am 20. Januar 2020 im Gesundheitsausschuss sich im Bezug auf die Mängel bei der Arbeit des Kreisgesundheitsamtes, die unter anderem auch die Pandemieplanung betrafen, ähnlich verharmlosend geäußert. Seinem Handeln ist es geschuldet, dass es keine ausreichende Pandemieplanung im Rhein-Sieg-Kreis gibt.*

*Darüber hinaus sehen die Fraktion DIE LINKE Rhein-Sieg und die Gruppe FUW/Piraten **ungeachtet einer strafrechtlichen Verantwortung** Herrn Dr. Meilicke mit der Aufgabe überfordert.*

*Die Verzögerungen bei der Reaktion des Gesundheitsamtes und die nicht durchgeführte Begehung **haben auf jeden Fall Leben gefährdet**. Ggf. hat das Kreisgesundheitsamt auch **einige Todesfälle mitzuverantworten**.*

*Dazu der Linken-Abgeordnete Frank Kemper: "Es hat Tote gegeben, **möglicherweise wären einige dieser Todesfälle vermeidbar gewesen**. **Wir wissen aktuell noch nicht, ob Dr. Meilike hier Schuld auf sich geladen hat**.*

Doch unabhängig davon gilt: Die Menschen im Kreis sind Maßnahmen ausgesetzt, die noch vor wenigen Wochen als undenkbar galten. Und doch werden diese Maßnahmen von den allermeisten mitgetragen. Wenn jedoch der Leiter des Kreisgesundheitsamtes dermaßen locker mit der Pandemie umgeht, verspielt er das Vertrauen der Menschen und in der Folge auch deren Bereitschaft, die notwendigen Schritte weiter mitzugehen. Dr. Meilike ist in der jetzigen Situation nicht mehr tragbar."

*Maria-Luise Streng, FUW Piraten erklärt: "**Hätte der fehlende Pandemieplan vorgelegen, so wären die Strukturen zum Handeln vorgegeben und solch eine tödliche Panne verhindert**.*

Man muß in Corona-Zeiten jedem Verdacht nachgehen, erst recht in Seniorenheimen."

Über die Auseinandersetzung in der Sache hinaus enthält Ihre Pressemitteilung im Hinblick auf Herrn Dr. Meilicke Anspielungen dahingehend, dass ihm persönlich strafrechtlich relevante Vorwürfe zu machen seien.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einerseits dafür sensibilisieren, dass auch im Zuge eines hitzigen politischen Meinungsaustauschs nicht vergessen wird, dass hinter Ämtern auch Menschen stehen und dass gerade in Zeiten, wo einzelne populistische Parteien immer wieder – zu Recht - für überschießende Äußerungen kritisiert werden, ein solch zugespitzter sprachlicher Umgang mit populistischen Spitzen, die selbst vor strafrechtlichen Verdächtigungen nicht zurückscheuen, durch die etablierten Parteien nicht nur unangemessen ist, sondern auch der Vorbildfunktion, die Politiker einnehmen sollten, nicht gerecht wird.

Darüber hinaus bitte ich darum, künftig die äußerungsrechtlichen Grenzen einzuhalten, die das allgemeine Persönlichkeitsrecht Herrn Dr. Meilicke und sonstigen Amtsträgern zuschreibt. Danach sind zwar auch harsche Meinungsäußerungen zulässig. Die Grenze ist jedoch da erreicht, wo ohne sachliche Rechtfertigung überschießende Meinungsäußerungen im Sinne einer Schmähkritik geäußert werden. Haltlose Verdächtigungen im Sinne der Unterstellung einer persönlichen strafrechtlichen Verantwortung für Todesfälle sind grenzüberschreitend. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass es strafrechtliche Grenzen für Äußerungen gibt, nämlich einerseits den Straftatbestand der Verleumdung und andererseits den Straftatbestand der falschen Verdächtigung.

Ich habe mich zum jetzigen Zeitpunkt bewusst entschieden, Ihre Äußerungen noch nicht zum Anlass für weitergehende rechtliche Schritte zu nehmen. Ich halte es vielmehr für sinnvoll, Sie zunächst einmal auf diesem Wege für rechtliche Grenzen von Äußerungen zu sensibilisieren und dafür zu werben, im Zuge der politischen Meinungsäußerung künftig nicht mit allzu populistischen und rechtlich grenzüberschreitenden Äußerungen das Feld des üblichen und angemessenen politischen Diskurses zu verlassen.

Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Kritik künftig in einer angemessenen Form formulieren.

Für ein Gespräch stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß



(Landrat)